



UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

STADTPLANUNGSAMT

BEBAUUNGSPLAN "SPORTANLAGEN WEILHEIM"

Als Entwurf öffentlich
ausgelegte Planfassung

IN DER FASSUNG VOM : **20.12.1989**



BÜRGERMEISTERAMT
IN VERTRETUNG

(Signature)

(BLANKE)
BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

(Signature)

(FROMM)
STADTBAUDIREKTOR

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

Nach § 9 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl.I.S. 2253) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl.I.S. 1763) geändert durch die Änderungsverordnung vom 19.12.1986 (BGBl.I.S. 2665)

1. Öffentliche Grünfläche

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BauGB)

Die öffentliche Grünfläche dient der Einrichtung von Freisportanlagen. Zulässig sind Spielfelder, Leichtathletikeinrichtungen, Tennisplätze sowie zugehörige Nebeneinrichtungen wie Ballfanggitter, Zuschaueranlagen, Kinderspielfeldplatz. Tennisplätze sind nur auf der abgegrenzten Fläche zulässig (siehe Planeintrag).

2. Nebenanlagen

(§ 14 BauNVO)

Auf der öffentlichen Grünfläche sind untergeordnete Nebenanlagen (Geräteschuppen bis max. 30 qm, Spielgeräte u.a.) für die unter 1 genannten Anlagen zulässig.

3. Flächen für Aufschüttungen

(§ 9 Abs. 1 Ziffer 17 und 24 BauGB)

Zur Abschirmung der Lärmemissionen von den Sportanlagen insbesondere von den Tennisplätzen zur künftigen Wohnbebauung im Bereich "Ölacker" wird die Anlage eines bepflanzten Erdwalls festgesetzt.

4. Pflanzgebot, Pflanzeerhaltungsgeset

(§ 9 Abs. 1 Ziffer 25 BauGB)

Zur landschaftlichen Einbindung und zur optischen Abschirmung werden Gebote zur Pflanzeerhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt. Von der vorgegebenen Plazierung der Pflanzgebote kann aufgrund gestalterischer Absichten bis zu 5m abgewichen werden.

Es sind nur standortgerechte Laubbäume bzw. Büsche zulässig.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Gemäß § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 20.06.1972 (GBl.S. 352) in der Fassung vom 28.11.1983 (GBl.S. 770) werden folgende Festsetzungen getroffen:

1. Ballfanggitter

Die maximale Höhe der Ballfanggitter wird auf 4,5 m festgesetzt.

2. Einfriedigung

Die Höhe der Einfriedigungen darf max. 1,20 m betragen.

3. Werbeanlagen

Plakatanschlagtafeln sind im Planbereich unzulässig.

Hinweis:

Die erforderlichen Stellplätze werden auf der nordwestlich an den Planbereich angrenzenden Parkierungsanlage bereitgestellt.

VERFAHRENSVERMERKE:

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **20.03.1989** beschlossen, den Bebauungsplan gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen und eine Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Dieser Beschluß wurde am **08.04.1989** ortsüblich bekanntgemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Informationsveranstaltung am **18.04.1989** und in der Zeit vom **19.04.1989** bis **03.05.1989** mit Gelegenheit zur Äußerung sowie Erörterung der Planung.

BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bei der Aufstellung des Bebauungsplanes am **21.04.1989** beteiligt.

AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **05.02.1990** den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung am **10.02.1990**

in der Fassung vom **20.12.1989** von **19.02.1990** bis **19.03.1990**

in der Fassung vom von bis
öffentlich ausgelegt.

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **18.06.1990** den Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB, § 73 Landesbauordnung und § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen. Maßgebend ist der Lageplan M 1 : 500 mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in der Fassung vom **20.12.1989** sowie die Begründung vom **20.12.1989**

Die Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bestätigt:

Tübingen, den **18.07.1990**

Bürgermeisteramt
In Vertretung

(Blanke)
Bürgermeister

ANZEIGEVERFAHREN

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen angezeigt. Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom **14.08.1990** Nr. **22-32 / 2511.2 - 1 - 1063 / 90** abgeschlossen.

AUSFERTIGUNG

Tübingen, den **24.09.1990**

Bürgermeisteramt
In Vertretung

(Blanke)
Bürgermeister

INKRAFTTRETEN

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am **01.10.1990** orts-
üblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Tübingen, den **01.10.1990**

Stadtplanungsamt

(Fromm)
Stadtbaudirektor

Die Übereinstimmung der Planunterlage mit dem Liegenschaftskataster im Sinne von § 1 Abs. 2 Planzeichenverordnung (PlanZVO) wird bescheinigt:

TÜBINGEN, DEN **20.12.1989**

STADTMESSUNGSAMT

(SPANAGEL)

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

DAS ANZEIGEVERFAHREN GEM. § 11 BAUGB WURDE
MIT VERFÜGUNG VOM **14.8.90**
Nr. **22-32 / 2511.2 - 1 - 1063 / 90** ABGESCHLOSSEN

TÜBINGEN, DEN **22.8.90**
REGIERUNGSPRÄSIDIUM

Waut



Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.